

ARBEITSBESUCH VON
BUNDESRAT JEAN-PASCAL DELAMURAZ (CFD)
VOM 11. OKTOBER 1990 IN HELSINKI

Im Rahmen seiner Tournee durch die nordischen Kapitalen besuchte CFD in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der EFTA am 11.10.1990 Helsinki.

1. Zum Auftakt seiner Visite startete er Premierminister Holkeri einen kurzen Höflichkeitsbesuch ab. Dabei kamen folgende Punkte zur Sprache:

Der Stand der EWR-Verhandlungen und das weitere Vorgehen, worüber CFD einfühend berichtete. Ministerpräsident Harri Holkeri (HH) begrüßte die Einigkeit unter den EFTA-Ländern und bedauerte das Stagnieren der Verhandlungen in zentralen Bereichen, wie dem der Institutionen. Er unterstrich, dass aus diesem Grunde noch dieses Jahr ein politischer Durchbruch erzielt werden müsse. HH fragte des weiteren nach den Aussichten, dass die Schweizer Stimmberechtigten ein EWR-Abkommen gutheissen würden und stellte bezüglich Finnland fest, dass der EWR und die EG in den kommenden Wahlkampagnen eine Rolle spielen werden. Die sich stellenden Probleme seien jedoch mehr administrativ (betreffend die Verabschiedung durch das Parlament) als politisch.

Die Uruguay-Runde und namentlich die diesbezüglichen Agrarverhandlungen. Laut HH ist der EG der Vortritt zu lassen. In Finnland habe man grosse Schwierigkeiten, sich auf ein Angebot zu einigen. Man werde über das Wochenende erneut verhandeln, damit die Regierung am 16.10. Beschluss fassen könne.

Die Lage in der UdSSR und die Auswirkungen auf die finnische Wirtschaft. Nach HHs Angaben hat sich der Warenaustausch mit der UdSSR auf 10 Prozent des finnischen Aussenhandels reduziert. HH sieht weitere Schwierigkeiten voraus, was für Finnland etliche Probleme schaffen werde, da die Krise in der UdSSR mit einer Rezession im westlichen Europa zusammenfalle. Finnische Wachstumsraten von 4 - 5 Prozent gehörten der Vergangenheit an.

Die Lage in der UdSSR ist gemäss HH fast chaotisch. Das zentralgeleitete System ist schwer erschüttert. Es stellen sich Fragen wie: Wem gehört Moskau? Die Russische Föderation beanspruche, alle wirtschaftlichen Entscheide zu treffen. Der Bürgermeister von Moskau ist dagegen. Das gleiche Problem stelle sich mit Leningrad, wobei man nicht wisse, ob dieses demnächst Petrograd, Petersburg oder Sankt Petersburg heissen werde. Auch das an Finnland angrenzende Karelilien wolle über die eigenen Belange entscheiden.

- 2 -

Der kommende Winter wird nach Auffassung HHs schwierig sein. Es wird an Energie und Nahrungsmitteln fehlen. Die diesjährige Ernte sei zwar aussergewöhnlich gut ausgefallen, doch werde sie nicht eingebracht. Das Transport- und Lagersystem funktioniere nicht mehr. Das russische Volk sei zwar an Leiden gewöhnt, doch könne der Mangel zu Aufständen führen, die ihrerseits Grenzüberschreitungen nach sich ziehen könnten. "Die UdSSR existiert nicht mehr", betonte HH, nur noch die Armee, das KGB und das Weltraumprogramm.

Angesichts dieser Lage betonte HH, wäre es der grösste Irrtum, Russland fallen zu lassen. Die grosse Frage sei jedoch, was man tun könne, wenn nur noch die Kriminalität funktioniere. HH nannte als Beispiel für die sich stellenden Probleme die finnische Hilfe für die armenischen Erdbebengeschädigten. Da die finnische und die russische Eisenbahn die gleiche Spurweite hätten, sei beschlossen worden, die Hilfe aus Helsinki per Zug zu senden. Der erste Zug mit staatlich-finanzierten Gütern sei zur Hälfte leer angekommen, der zweite mit Gaben privater Organisationen sei verschwunden.

2. Anschliessend führte CFD offizielle Gespräche mit Aussenhandelsminister Salolainen, Handels- und Industrieminister Suominen sowie Finanzminister Louekoski. Im Zentrum aller Gespräche standen die laufenden Verhandlungen über den EWR, während die Uruguay-Runde und die Beziehungen zu Osteuropa eher am Rande und während den Mahlzeiten berührt wurden. Mit Finanzminister Louekoski nahm CFD schliesslich die Frage eines schweizerischen Beitritts zum IMF auf.

2.1 EWR

Die schweizerischen Positionen werden als bekannt vorausgesetzt bzw. sind in den Notizen über die einen Tag zuvor geführten Gespräche von CFD in Stockholm nachzulesen.

Aussenhandelsminister Salolainen (S) geht mit der Lagebeurteilung von CFD einig, gemäss welcher die EFTA noch dieses Jahr versuchen sollte, die Verhandlungen über den EWR mit einem politischen Durchbruch in den Problembereichen auf das zum Ziel führende Gleis zu bringen. Vor wenigen Tagen, so S, habe er anlässlich seines Besuchs bei der EGK von Andriessen dazu allerdings etwas zwiespältige Signale erhalten. Dieser habe ihm erklärt, ihm sei nicht bewusst, dass noch Ende dieses Jahres ein gemeinsames Treffen der Minister der EG und der EFTA über die Bühne gehen soll. Auf jeden Fall erachte er einen solchen Termin als verfrüht. Ein Treffen im Januar oder Februar 1991 würde eher Gewähr bieten, zum beiderseits angestrebten Erfolg zu gelangen.

./.

- 3 -

EFTA-Generalsekretär Reisch wandte hierauf ein, diese Bemerkung Andriessens überrasche ihn sehr, sei doch die Idee eines gemeinsamen Ministertreffens noch im laufenden Jahr selbst in den Dokumenten der EGK nachzulesen. S vertrat die Auffassung, die EFTA sollte sich deswegen einstweilen nicht von ihrem Ziel eines politischen Durchbruchs noch in diesem Jahr abhalten lassen. Andererseits sollte man genügend flexibel bleiben und nicht à tout prix auf einem Treffen im Dezember insistieren.

Ein wichtiges Element, so war man sich einig, sei dabei die Haltung der italienischen Präsidentschaft, von der bekanntlich der Terminvorschlag für den 4.12.90 stammt. Man sollte nicht unversucht lassen, die italienische Karte zu spielen, wenn sich dadurch eine Beschleunigung gegenüber dem Fahrplan von Andriessen erreichen lasse, doch dürfe dies keinesfalls auf Kosten der Substanz des künftigen EWR-Abkommens gehen.

Was die Frage der Ausnahmen und des Beschlussfassungsmechanismus betrifft, erhielt S in Brüssel die mittlerweile bekannten Kommentare. S und CFD stimmten überein, dass die EFTA nach Mittel und Wegen suchen müsse, die permanenten Ausnahmen in temporäre überzuführen und nationale Besonderheiten durch "safeguards" abzudecken. Reisch insistierte, die EFTA müsse nun intern raschmöglichst abklären, wo für sie bei den Ausnahmen die absolute Schmerzgrenze liege. Gegenüber aussen sollte die Ausnahmeliste aber einstweilen unverändert auf dem Tisch bleiben.

Mit Bezug auf das Beschlussfassungsverfahren herrschte Einigkeit, dass der Ball bei der EG liege. S erwartet aufgrund der Äusserungen von Andriessen, dass die EG in den nächsten Wochen einen konstruktiven Vorschlag präsentieren wird. Den Darlegungen Botschafter Kellenbergers, was in diesem Bereich beim heutigen Stand der Dinge noch als erreichbar erscheine (decision-shaping à 19, simultane Beschlussfassung durch EG und EFTA), setzte die finnische Delegation keine Einwände entgegen.

Die beiden vorgenannten Bereiche könnten nach Auffassung beider Delegationen in einem Paket verbunden werden, um den angestrebten politischen Durchbruch zu erreichen.

Insgesamt zeigte sich S optimistisch - der kürzliche Besuch in Brüssel habe ihn darin noch bestärkt - , dass das EWR-Abkommen im ersten Semester 1991 unter

./.

Dach gebracht werden könne. Ueberraschungspotential sei allerdings noch einiges vorhanden, z.B. ein Einbezug der Landwirtschaft in die Verhandlungen (siehe dazu auch Ziffer 2). Die internationale Lage - Golfkrise, Osteuropa - dürfte sich eher zugunsten der EFTA auswirken. Um sich diesen grossen Problemen zuwenden zu können, müsse der EG daran gelegen sein, das vergleichsweise kleinere EWR-Problem zu lösen. Bleibe zu hoffen, dass daraus keine Minimallösung resultiere.

Die interne öffentliche Diskussion in Finnland qualifizierte S als "friedlich". Freilich, auch in Finnland werde über einen späteren Beitritt zur EG spekuliert. Auch Regierungsmitglieder hätten den Beitritt als mögliche Option genannt, allerdings nie als Alternative zum EWR, sondern als Möglichkeit nach einem EWR. Die Regierung habe stets ihren Kurs gehalten, wonach alles daran zu setzen sei, baldmöglichst zu einem befriedigenden EWR-Abkommen zu gelangen. In der Verfolgung dieses Ziels seien sich alle massgebenden Parteien und die Industrie einig.

Auch Handels- und Industrieminister Suominen, der Exponent einer finnischen Beitrittsoption, bestätigte, die EWR-Verhandlungen hätten absolute Priorität. Wenn er Finnland mittelfristig in der EG sähe, so, weil er glaube, dass die EG nie zu einer wirklichen politischen Union finden werde, auch wenn sie sich selbst dieses Etikett verleihen sollte. Andernfalls würde auch er für Finnland keinen Platz in der EG sehen.

2.2 GATT

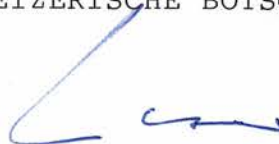
Ein Scheitern der Uruguay-Runde würde die EWR-Verhandlungen nach Auffassung beider Delegationen wesentlich erschweren. Wie für unser Land ist laut S der Agrarbereich für Finnland das einzige defensive Dossier. Damit tue man sich allerdings ausserordentlich schwer. Wie die EWR-Verhandlungen müsse die Uruguay-Runde baldmöglichst zu einem hoffentlich erfolgreichen Abschluss gebracht werden und dürfe nicht in einem endlosen Verhandlungsprozess à la UNCTAD ausmünden.

S stimmte CFD zu, dass die Agrarverhandlungen in den GATT-Kontext gehörten und die EFTA mit allen Mitteln vermeiden müsse, im Rahmen der EWR-Verhandlungen nochmals zur Kasse gebeten zu werden.

2.3 IMF

Nach den Gründen der enttäuschend kühlen finnischen Haltung gegenüber einem allfälligen schweizerischen Beitritt zum IMF angesprochen, erklärte Finanzminister Louekoski, Finnland habe mit Genugtuung vom schweizerischen Interesse Kenntnis genommen. Das IMF-Dossier liege in Finnland in den Händen der Bank von Finnland, doch werde das Geschäft selbstverständlich zwischen Bank und Regierung wie auch mit den Mitgliedern der nordischen Wahlgruppe diskutiert. Man sei gegenwärtig noch daran, eine gemeinsame nordische Position zu erarbeiten. Finnischerseits sei man bereit, den schweizerischen Besonderheiten angemessen, d.h. auf einer gerechten und objektiven Basis, Rechnung zu tragen. Auch unter Berücksichtigung der schweizerischen Besonderheiten erscheine die von unserm Land angestrebte SZR-Quote indessen als zu hoch. Für den schweizerischen Wunsch nach einem Exekutivdirektorenposten habe man Verständnis. Allein, deswegen wäre eine privilegierte Behandlung der Schweiz, durch welche ein Präjudiz geschaffen würde, nicht gerechtfertigt. Der Anspruch der Schweiz müsse sich mit den Interessen Dritter vereinbaren lassen. Im vorgezeichneten Rahmen könne die Schweiz auf die Unterstützung Finnlands zählen.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER
i.A.



(Peter Sutter)

SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
in FINNLAND

Ref. 331.1.sd-UL/SU/ry

HELSINKI, 12.10.1990, 17h.00
Uudenmaankatu 16 A
Tel. 00358-0-64 94 22
Telex (057) 123 145
Fax: 00358-0-680 13 43

TELEFAX <hr/> 990-41-31 / 61 36 94 (via TG-Dienst)	Dringlichkeit	U R G E N T
	Klassifikation	C H I F F R E
	Anzahl Seiten (inkl. Deckblatt)	6
<u>EMPFÄNGER</u>		
<u>ORIGINAL:</u>	Integrationsbüro EDA / EVD	
Kopien direkt:		
Durch Original-empfänger bitte an:		

GEGENSTAND / KURZMITTEILUNG / HINWEIS

Bericht über den Arbeitsbesuch von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz vom 11. Oktober 1990 in Helsinki.